

für die Zementindustrie in Nordrhein-Westfalen sein kann.

Das ist aber nicht der einzige Punkt, an dem die Zementindustrie in Nordrhein-Westfalen für eine Zementregion vorlegt, was machbar wäre. Wichtig ist auch hier, festzuhalten, dass wir für die vollkommene Umsetzung einer klimaneutralen Zementregion in Nordrhein-Westfalen dringend den Hochlauf der Wasserstoffinfrastruktur unterstützen müssen, damit Kohlenstoff als Rohstoff eingesetzt werden kann.

Ich will gerne noch auf einen weiteren Punkt eingehen. Das größte Kalkwerk Europas Lhoist will das dort entstehende CO<sub>2</sub> unter Beteiligung von Open Grid Europe, Air Liquid und Duisport abtransportieren, damit wir im Sinne des Klimaschutzes gemeinsam dafür Sorge tragen, die Entscheidungen der Wirtschaft so zu unterstützen, dass die noch nicht geborenen Generationen die Freiheit haben, in ihrem Sinne wirtschaftlich agieren zu können.

Ich komme zum Schluss. Wir arbeiten weiter an der Carbon Management Strategie, und wir finden gut, dass mit dem Kohleausstiegsgesetz des Bundes darauf geachtet wird, den Transport von CO<sub>2</sub> zu legalisieren. Wir arbeiten auch weiter daran, die Delta-Rhine-Corridor-Lösung gemeinsam mit den Niederlanden schnellstmöglich ans Netz zu bringen. Das wird die Grundlage dafür sein, dass wir CO<sub>2</sub> abtransportieren und an der Stelle lagern können. Am Ende steht dafür eine kluge Kooperation, an der mein Ministerium mit den Genehmigungsbehörden bereits heute arbeitet.

Es geht um die Frage, wie wir es schaffen, CO<sub>2</sub>-Leitungen so schnell wie möglich zu genehmigen, denn diese Genehmigung ist notwendig, damit der Rahmen und eine Planungssicherheit für die Investitionen vorhanden ist. Der vorliegende Antrag greift auf der Höhe der Zeit in die Notwendigkeiten ein, die zu veranlassen sind, wenn man es ernst meint, Nordrhein-Westfalen durch Wachstum bei der Klimaneutralität zu einer klimaneutralen Industrieregion Europas zu machen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit sind wir am Ende der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung beantragt. Somit kommen wir zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/7786. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer stimmt dagegen? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der FDP. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/7786 angenommen.**

Ich rufe auf:

## **7 Tierschutz ist grenzenlos – realitätsfremde Auflagen aus Tierheim-Förderung streichen!**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/8124

Ich eröffne die Aussprache. Für die antragstellende Fraktion hat der Kollege Schneider das Wort.

**René Schneider** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Tierschutz ist grenzenlos“, sagt Thomas Schröder, der Präsident des Deutschen Tierschutzbundes. Er weiß, wovon er spricht, denn sein Verband vertritt allein in Nordrhein-Westfalen 140 Vereine mit etwa 53.000 Mitgliedern.

Ein Herz für alle Tiere zu haben, ist das moralische Argument für unseren Antrag. Hinzu kommt ein praktisches Argument. Die Blockade des Auslandstierschutzes steht der Förderung von Tierheimen in unserem Land schlicht im Weg. Aktuell darf jemand, der in NRW ein Tierheim mit Landesgeldern modernisieren möchte, fünf Jahre lang kein Tier aus dem Ausland aufnehmen. Das ist realitätsfremd.

Der Landestierschutzverband hat aufgrund unseres Antrags eine Blitzumfrage gestartet. Knapp 41 % der Befragten meldete, dass sie wegen der Auslandstierklausel auf eine Beantragung von Landesgeldern verzichteten. Nach den Gründen gefragt, meldeten die Tierheimen NRW zurück – ich zitiere –:

Diese Klausel hat damals intern zu heftigen Diskussionen geführt. Viele Ehrenamtliche fanden den Antrag, als er abgegeben wurde, moralisch verwerflich. Tierschutz hört nicht an der Grenze auf. Diese Klausel gehört ersatzlos gestrichen.

Zitat Ende.

Eine weitere Zuschrift aus einem Tierheim in Nordrhein-Westfalen lautet:

Wir haben Verständnis dafür, dass das Land NRW keine Unterkünfte finanziert, die ausschließlich für die Aufnahme von Tieren aus dem Ausland gedacht sind. Dass durch diese Klausel die Aufnahme dieser Tiere jedoch komplett untersagt wird, selbst wenn das zu fördernde Gebäude für die Unterbringung ganz anderer Tierarten vorgesehen ist oder nur zum Teil durch Tiere aus dem Ausland belegt wird, ist aus unserer Sicht nicht mit den Zielen und Prinzipien unseres Vereins vereinbar.

Zitat Ende.

Eine dritte Zuschrift lautete – Zitat –:

Gut vermittelbare Fund- und Abgabehunde gibt es kaum noch bzw. nur in sehr geringer Zahl. Dafür nimmt die Zahl der schwierigen Hunde zu. Für kleinere familiengeeignete Hunde besteht aber eine Nachfrage. Menschen, die danach suchen, müssten wir regelmäßig enttäuschen, wenn wir diese Hunde nicht im Rahmen unserer jeweiligen Kapazitäten aus dem Ausland aufnehmen würden. Was ist schlimmer als eine dann verbreitete Meinung, im Tierheim gebe es gar keinen passenden Hund? Die Nachfrage wird dann gerne durch das Internet gedeckt, und woher kommen diese Tiere? Illegal aus Osteuropa. Was dabei schiefläuft, landet dann als Fundhund im Tierheim. Wo ist da der Sinn?

Zitat Ende.

Soweit die Stimmen aus der Praxis, die auch uns leiten sollten.

Es wäre so einfach wie richtig, unserem Antrag zuzustimmen. Ich ahne aber, dass Sie in den vergangenen Tagen fieberhaft nach Pseudobegründungen gesucht haben, um diesen von den Praktikern empfohlenen Antrag abzulehnen. Mir fallen zwei Pseudoargumente ein, die ich hier schon einmal entkräften möchte.

Ausrede Nummer eins: Hätten Sie den Antrag doch in den Ausschuss verwiesen, dann hätten wir das in Ruhe diskutieren können. So können wir dem nicht zustimmen. – Sehr beliebtes Argument, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber ich möchte Sie daran erinnern, dass wir im Ausschuss schon zweimal intensiv über das Thema „Tierheime und deren Förderung“ diskutiert haben. Die Argumente liegen auf dem Tisch und sind bereits abgewogen. Man kann heute also guten Gewissens und reinen Herzens zustimmen.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

– Vielleicht ertappe ich Sie ja, Herr Rüße.

Einwand Nummer zwei: Die aktuellen Zahlen gehen doch wieder rauf.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Aktuell, 2024, sind nur noch 310.000 Euro von 711.000 Euro im Topf. Läuft doch, liebe SPD.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Auch hier: Einspruch. Einerseits sagt die abgerufene Fördersumme nichts darüber aus, wie viele Häuser tatsächlich gefördert werden, denn Bauprojekte werden immer teurer. Zudem haben wir durch die Befassung im Ausschuss gelernt – erinnern Sie sich bitte –, dass in den vergangenen sieben Jahren gerade einmal 23 – ich wiederhole: 23 – Träger von Tierheimen zum Zuge gekommen sind. Wir haben aber über 100 Tierheime und 140 Vereine in Nordrhein-Westfalen. Viele von denen rufen die Mittel wegen der

Auslandstierklausel nicht ab, die wir hier und heute gerne abschaffen können.

Die Tierheime in Nordrhein-Westfalen – das ist uns wohl allen klar – sind unterfinanziert und werden allein bzw. in der Hauptsache vom Ehrenamt getragen, das eines unmissverständlich klargemacht hat: Die Auslandstierklausel widerspricht allen Werten des internationalen Tierschutzes. Sie gehört deshalb heute abgeschafft, denn Tierschutz ist grenzenlos. – Glück auf und Gottes Segen!

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Herr Kollege Schneider. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Hansen.

**Klaus Hansen (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist mit Blick auf Ihren Antrag, Herr Schneider, Ihre und meine Aufgabe als Landtagsabgeordnete, den Tierschutz ernst zu nehmen. Aktuell sind fast alle Tierheime in Nordrhein-Westfalen in einer Krisensituation. Warum? Weil sie überfüllt sind.

(Jens-Peter Nettekoven [CDU]: Ja!)

Das steht sogar in Ihrem Antrag, und Sie wollen noch mehr Tiere in die Tierheime holen. Ist das Ihr Ernst?

Zunächst möchte ich betonen, dass die Überfüllung der Tierheime eine ernsthafte Angelegenheit ist, die unser Handeln erfordert.

(René Schneider [SPD]: Da bin ich ja mal gespannt!)

Tausende von Hunden und anderen Tieren finden sich in unseren Tierheimen wieder – oft aufgrund von Vernachlässigung, Misshandlung oder aufgrund anderer Umstände. Diese Tiere verdienen es, eine angemessene Versorgung und die Chance auf ein liebevolles Zuhause zu erhalten. Genau diese Überfüllung steht laut Punkt VI der Tierheimordnung des Deutschen Tierschutzbundes der Einfuhr von Auslandstieren entgegen. Die Tierheimordnung regelt, dass die Aufnahme nur dann erfolgen darf, „wenn die räumlichen und personellen Voraussetzungen gegeben sind“. Das ist in Nordrhein-Westfalen aktuell mit Sicherheit nicht der Fall.

Ich wiederhole an dieser Stelle: Sie schreiben in Ihrem Antrag selber, dass Platz in den Tierheimen in Nordrhein-Westfalen Mangelware ist. Unsere Tierheime sind mit dem Gedanken gegründet worden, als Zuflucht für hilfsbedürftige Tiere aus und in Nordrhein-Westfalen zu dienen. Die Infrastruktur der Tierheime hier ist nur darauf ausgelegt. Sie wird aber auftragswidrig ausgenutzt, wenn man sie als Vermittlungsagentur für junge, süße Welpen oder andere Tiere verwendet.

Die Klausel in der Förderrichtlinie ist daher zielgerichtet, richtig und wichtig. Damit sollen Hunde aus Nordrhein-Westfalen, aber auch andere Tiere Hilfe erfahren und ein neues Zuhause bekommen. Es soll gerade kein Anreiz dafür erzeugt werden, im Ausland neue Welpen zu produzieren. Indem aber die Seriosität und staatsnahe Ausrichtung der Tierheime für Welpenvermittlung aus dem Ausland ausgenutzt wird, werden damit Landesgelder zweckentfremdet. Die Erfahrung hat gezeigt, dass es nie beim Import und bei der Vermittlung von einzelnen Tieren bleibt. Vielmehr wird eine Maschinerie in Gang gesetzt, die zur bekannten Problematik führt. Aus Welpen werden Hunde, die dann oftmals als Problem im Tierheim landen.

Tierheime sollen mit der Förderrichtlinie damit zum Kern ihrer Schutzarbeit kommen und sich auf Hunde und Tiere aus Nordrhein-Westfalen konzentrieren, die wirklichen Schutzbedarf haben. Davon haben wir nun, weiß Gott, mehr als genug.

Denn Tierschutz bedeutet, wenn man es wirklich ernst meint, eine angemessene Versorgung, Gesundheitsversorgung, Sozialisierung und Platzierung. Diese wichtigen Aufgaben erfordern von den Tierheimmitarbeitern viel Zeit, Hingabe und Expertise, gerade im Umgang mit Hunden und anderen Tieren. Zeit und Hingabe fehlt aber, wenn die Tierheime überfüllt sind und die Mitarbeiter sich lieber um Welpenvermittlung oder Ähnliches kümmern. Dann bleiben die problematischen Hunde automatisch auf der Strecke, und die Vermittlung wird noch weiter hinausgezögert. Das ist ein Teufelskreis, aus dem man nur sehr schwer herauskommt, nämlich dann, wenn den Mitarbeitern mehr Zeit für die Beschäftigung mit den tierischen Schützlingen zur Verfügung steht. Diese Hunde erfahren nur dann eine artgerechte Behandlung im Tierheim, wenn sie nicht in Konkurrenz zu tapsigen kleinen Welpen und Junghunden aus dem Ausland stehen, denen die Tierheimmitarbeiter – vielleicht unbewusst – mehr Zeit widmen. Das ist echter Tierschutz und nicht, dass man das Angebot an Welpen und Hunden erhöht.

Im Übrigen informiert der Deutsche Tierschutzbund e.V. in seiner Tierheimordnung darüber, dass es höchst umstritten ist, ob die Einfuhr von Tieren zur entgeltlichen Vermittlung noch unter die Förderung des Tierschutzes fällt.

Zudem werden planmäßige und fortgesetzte Importe als wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb angesehen. So sehen es die Finanzgerichte. Damit ist die Gemeinnützigkeit von Tierheimen gefährdet, ohne dass es auf die Gewerbsmäßigkeit ankommt.

Abschließend muss ich Sie korrigieren. Die Kommunen und das Land sind gerade dazu verpflichtet, mit Vorschriften für echten Tierschutz zu sorgen. Ihr Antrag ist kontraproduktiv und daher abzulehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Herr Kollege Hansen. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt der Abgeordnete Rüste.

**Norwich Rüste (GRÜNE):** Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal vielen Dank für den Antrag, weil ich es persönlich immer für gut halte, wenn wir uns über die Tierheime in Nordrhein-Westfalen und darüber unterhalten, wo es denn konkret fehlt. Wir sind uns in der Analyse schnell einig, darin nämlich, dass in den Tierheimen etwas nicht ganz richtig läuft, aber in der Lösung gehen wir weit auseinander. Bei dem von Ihnen diesmal thematisierten Punkt, nämlich der sogenannten Auslandsklausel, wonach eine Förderung vom Land eben nur dann zur Verfügung gestellt wird, wenn man sich verpflichtet, genau dieses Geschäft nicht zu betreiben, sind wir ganz anderer Meinung als Sie.

Kern des Problems bei den Tierheimen ist doch Folgendes – ich habe mal ein bisschen recherchiert –: 2015 finden Sie zum Beispiel eine interessante Meldung. Da sagt der Sprecher des Deutschen Tierschutzbundes: Jedes zweite deutsche Tierheim steht vor der Insolvenz.

Man findet das immer wieder, dass Tierheime sagen: Wir sind unterfinanziert, wir kriegen es nicht hin, wir sind überlastet, wir haben zu wenig Mitarbeiter. – Insgesamt eine schwierige Situation. Wir sind uns wohl schnell einig, dass dem so ist.

Dann will ich aber an der Stelle auch darauf verweisen – das finde ich wichtig –, dass die Tierheime zuallererst in der Verantwortung unserer Kommunen liegen. Zuallererst sind die Kommunen dafür zuständig, dass sie die Tierheime so ausstatten, dass sie die Betreuung der Tiere vernünftig gewährleisten können. Da gibt es mittlerweile in etlichen Kommunen Fortschritte in den letzten Jahren. Das muss man wirklich auch mal anerkennen. Es gibt aber auch noch Kommunen, die das nicht machen.

Dann sind wir bei dem Punkt – das spricht Kollege Hansen genau richtig an –, dass es Tierheime gibt, die natürlich gemerkt haben, dass sie ihr Budget ein Stück weit auch dadurch erhöhen können, indem sie in diesen Handel mit Hunden einsteigen. Da geht es nicht nur um Tierrettung, wie es Ihnen der Tierschutzpräsident weismachen will – das ist nicht so –, sondern es geht natürlich auch darum, dass das die Finanzen des jeweiligen Tierheims, das das macht, ein Stück weit verbessert.

Wir sind der Meinung, dass das nicht der richtige Weg ist. Unsere Tierheime sind in den letzten Jahren absolut vollgelaufen. Sie können überall sehen, dass dem so ist. Die haben genug damit zu tun, die Tiere,

die schon in Nordrhein-Westfalen anfallen, entsprechend zu versorgen und aufnehmen zu können. Die sind am Ende ihrer Kapazitäten.

An dieser Stelle kann ich übrigens – ich habe mir viele Tierheime angeguckt – nur ein wirklich großes Dankeschön an all die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richten, die in den Tierheimen unter teilweise wirklich schwierigen Bedingungen diese Arbeit leisten und sich um die Tiere kümmern.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Lieber René Schneider, Ihr Antrag tut ein bisschen so, als würden wir damit ein Problem lösen können.

(Kopfnicken von René Schneider [SPD])

Das können wir nicht. Die Rückmeldungen, die ich aus Tierheimen habe – auch ich habe nämlich Gespräche geführt –, sind ganz andere. Ich habe eine Rückmeldung, die so ist, wie Sie sie schildern. Die Rückmeldungen, die ich habe, lauten eher: Könnt ihr nicht noch mal versuchen, den Antrag etwas zu vereinfachen?

Diese Frage der Bürokratie, die uns an vielen Stellen immer wieder beschäftigt, trifft gerade auch auf Tierheime zu. Die sagen: Wir sind sowieso schon bis oben zu mit Arbeit, machen das im Ehrenamt und müssen jetzt auch noch diesen Antrag, auch wenn der jetzt nicht 40-seitig ist, bearbeiten. Das fällt uns sehr schwer. Geht das nicht noch ein bisschen einfacher? – Man kann tatsächlich noch mal darüber nachdenken, das zu tun. Es ist wirklich nicht diese Klausel, die sie daran hindert, diese Fördermittel abzugreifen.

Jetzt sage ich, wie ich mir das vorstelle, damit wir auch bei der Problemlösung wirklich weiterkommen. Was Sie vorschlagen – Sie sagen, der Tierschutz sei grenzenlos, und zitieren Thomas Schröder –, ist doch nur ein Kurieren der Symptome. Das löst doch nicht die Problematik in den Herkunftsländern. Wir bräuchten mehr Europa – das wäre tatsächlich notwendig –, und zwar ein Europa, das auch für Haustierte bestimmte Standards setzt. Das kennen wir aus der Nutztierhaltung. Das wäre auch da notwendig, damit alle Menschen in Europa mit dem gleichen Respekt dem Tier gegenüber treten, wie wir uns das vorstellen. Dann könnte man dieses Problem ganz anders lösen.

Was wir bräuchten, diskutieren wir hier in Deutschland. Um das mal zu sagen: Es ist ja nicht so, als ob wir das Problem nicht kennen würden; wir kennen es von Katzen. Da diskutieren wir dann auch darüber: Kann man mit Kastration tatsächlich die Bestände der wild herumlaufenden Katzen ein Stück weit eindämmen? Genau das bräuchten wir in Ländern wie Rumänien, um den Bestand zu reduzieren. Das ist doch das, was die Sache ein Stück weit lösen würde, aber doch nicht, hier nur an den Symptomen herum-

zudoktern und zu sagen, die Auslandshunde sollen bitte nach Deutschland kommen.

Ein weiteres Problem ist, ...

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herr Kollege, die Redezeit.

**Norwich Rüße (GRÜNE):** Vielen Dank.

... dass wir aus meiner Sicht in Zukunft noch mehr Tiere erwarten dürfen und der Druck auf die Tierheime weiter zunimmt, je mehr Tiere sie aus dem Ausland holen. Das kann überhaupt nicht zielführend sein.

Zuallerletzt die Frage an Sie: Woher haben Sie eigentlich die Information, dass der Landestierschutzverband das unterstützt? Ich habe das an keiner Stelle finden können.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Die Redezeit, Herr Kollege.

**Norwich Rüße (GRÜNE):** Wenn Sie noch ein bisschen Zeit haben, können Sie mir das vielleicht erklären. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von René Schneider [SPD])

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Herr Kollege Rüße. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Brockes.

(Norwich Rüße [GRÜNE] und René Schneider [SPD] unterhalten sich. – Frank Müller [SPD]: Sollen wir kurz unterbrechen?)

**Dietmar Brockes\*** (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Lieber Kollege Rüße, vielleicht kann ich Ihnen helfen:

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Unwahrscheinlich!)

indem Sie einfach mit dem Landestierschutzverband reden. – So habe ich es nämlich auch gemacht. Dann werden Sie die Informationen auch erhalten.

Meine Damen und Herren, der Deutsche Tierschutzbund warnt vor einer Überlastung der Tierheime. Die fehlende Finanzierung und eine hohe Auslastung der Heime sind auch in Nordrhein-Westfalen sehr große Herausforderungen.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herr Kollege Brockes.

**Dietmar Brockes\*** (FDP): Ich habe doch noch gar nicht viel gesagt.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Ich kann es nicht ändern. Ich habe Ihnen bisher sehr innig zugehört, der Kollege Rüße allerdings auch, denn er hat schon eine Zwischenfrage, wenn Sie die zulassen.

**Dietmar Brockes\*** (FDP): Ja, bitte schön,

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Ja, gerne. – Bitte schön, Herr Kollege Rüße.

(Marcel Hafke [FDP]: Der wollte wissen, was es zum Mittag gab!)

**Norwich Rüße** (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Vielen Dank, lieber Kollege Dietmar Brockes, dass du die Zwischenfrage zulässt. Es wird von dem Landestierschutzverband gesprochen und davon, dass er diese Klausel abgeschafft haben möchte. Das setzt voraus, dass es einen Beschluss gibt. Eine einzelne Meinung – irgendjemand der Beisitzer, im Vorstand oder sonst was – reicht nicht aus. Ich hätte gerne konkret gewusst, wo es diesen Beschluss des Landestierschutzverbands Nordrhein-Westfalen gibt. Wann ist beschlossen worden, dass dieser Wunsch besteht, diese Klausel aus den Förderbedingungen zu streichen?

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herr Brockes, bitte schön.

**Dietmar Brockes\*** (FDP): Lieber Kollege Rüße, ich bin gespannt, ob Sie das immer so bei Ihren Gesprächen mit irgendwelchen Fachverbänden machen, dass nur ein Schreiben mit Brief und Siegel gilt, damit Sie entsprechend aktiv werden.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Antwort!)

Ich habe mit einem Mitglied des Vorstands gesprochen, das mir das sehr nahegelegt hat. Für mich war es sehr plausibel. Deshalb werden Sie gleich auch hören, wie wir uns dazu verhalten werden.

Und Respekt: So früh hat sich wohl noch niemand bei mir für eine Zwischenfrage gemeldet.

(Heiterkeit von Franziska Müller-Rech [FDP] – Dr. Günther Bergmann [CDU]: Keine Antwort ist auch eine Antwort! – Norwich Rüße [GRÜNE]: Ich hätte gerne eine Antwort!)

Die FDP ist die Servicefraktion hier im Landtag, und deshalb beantworte ich Ihre Frage natürlich sehr gerne.

(Beifall und Heiterkeit von der FDP – Zurufe)

Es ist leider ein ernstes Thema. Deshalb möchte ich zum Thema zurückkommen.

Wie schon gesagt: Die fehlende Finanzierung und eine hohe Auslastung der Tierheime sind auch in Nordrhein-Westfalen sehr große Herausforderungen. Immer mehr Tierheime kommen an ihre Belastungsgrenzen und müssen Aufnahmestopps verhängen.

Grund für die Überlastung sind vor allem die Abgabebtiere, also Tiere, die von privaten Haltern bei den Heimen abgegeben werden. Die Heime haben hier keine Aufnahmepflicht und in großen Teilen bereits Aufnahmestopps verhängt. Eine aktuelle Umfrage des Tierschutzbundes kommt zu dem Ergebnis, dass mehr als 80 % der befragten Tierheime nur noch eingeschränkt oder gar keine Tiere von Privatpersonen mehr aufnehmen. Der Abgabebedarf übersteigt somit die Aufnahmekapazitäten bei Weitem.

Viele Menschen sind mit Tieren überfordert, oder sie können sich ganz einfach die Kosten nicht mehr leisten, zum Beispiel für den Tierarzt. Die Einsamkeit vieler Menschen während des Coronalockdowns hat leider zu einem Run auf die Tiere geführt. Der Onlinehandel mit Tieren blüht und läuft vollkommen unreguliert ab. Da sehe ich ein Riesenproblem. Das notwendige Matching zwischen Haltern und Tier, das bei den Tierheimen gewährleistet ist, findet häufig nicht statt. Dabei ist es eine zentrale Aufgabe der Tierheime, den Tieren ein endgültiges Zuhause zu vermitteln. Halter und Tier müssen zusammenpassen, was eine gründliche Aufklärung und auch mehrtägiges Kennenlernen erfordert. So müsste es eigentlich sein.

Tiere sind keine Ware, die, wenn sie nicht gefällt, wieder zurückgebracht werden kann. Die Tierheime füllen sich mit Abgabebtieren, und sie können nur noch schwer ihren originären Aufgaben nachkommen. Dazu zählt auch die Aufnahme von Fundtieren und die Vermittlung von Tieren an geeignete Halter. Darüber hinaus gibt es viele Einrichtungen, die auch eine eigene Wildtierhilfe betreiben. All das kann nicht mehr richtig abgedeckt werden.

Hinzu kommen steigende Kosten durch Inflation und hohe Energiepreise. Damit hat sich insgesamt die Kostensituation der Tierheime deutlich verschlechtert. Für die Aufnahme von sogenannten Fundtieren haben Kommunen mit den Tierheimen Verträge geschlossen. Die Fundtierverträge mit den Städten decken nur rund ein Drittel der jährlichen Kosten ab. Der Rest kommt durch Spenden und Erbschaften zusammen.

Die Forderungen im Antrag sind ein guter Anfang, aber sie werden nicht reichen, um den Tierheimen auf Dauer zu helfen. Wir brauchen einen Anreiz, dass Tiere wieder vermehrt aus den Heimen genommen werden und nicht unreguliert über den Onlinehandel zu neuen Haltern kommen. Eine Ausweitung

der Steuerbefreiung für Tierheime kann hier ein Instrument sein. Dafür müssten wir auf Landesebene das Kommunalabgabengesetz entsprechend ändern.

Für uns Freie Demokraten ist klar: Die aktuelle Überlastung der Tierheime muss aufgelöst werden. Dazu müssen die Tierheime finanziell besser von den Kommunen unterstützt werden. Dafür sollten wir uns gemeinsam einsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Schalley.

**Zacharias Schalley** (AfD): Herr Präsident! Werte Damen und Herren! „Für Tiere spenden viele Menschen gern, noch lieber als für Kinder in Not.“ Stiftung Warentest schreibt:

„Mit rund 29 Prozent wurde Tierschutz“

– in einer Umfrage von Finanztest aus dem Jahr 2020 –

„als häufigster Spendenzweck genannt. [...] Das zeigt, Tierschutz ist ein sehr emotionales Thema, mit dem sich erfolgreich Geld sammeln lässt. Deshalb tummeln sich in diesem Geschäftsfeld auch viele fragwürdige und unseriöse Organisationen.“

Damit sind wir bei der SPD und ihrem Antrag angelangt. Da die Grünen in der Regierung sind, glaubt man bei den Genossen nun, das grüne Thema „Tierschutz“ mit Marktschreierei übernehmen zu können, und bedient sich des simplen Wahlkampftricks „mehr fordern als die anderen“. Die Rede des Kollegen Schneider baut auch auf dem moralischen Argument auf, man müsse schon ein Herz aus Stein haben, wenn man sich von dem Hundeelend in Tierheimen nicht erweichen lasse.

Selbstverständlich wäre mehr immer schöner. Das gilt in jedem Bereich und insbesondere bei Gemeinnützigkeit und Ehrenamt. Doch leider muss man neben den traurigen Hundeaugen auch der Realität ins Auge blicken.

Wir haben das Thema im Ausschuss besprochen. Die Unterstellung, dass die umfangreichen Förderprogramme für Aus- und Umbau der Tierheime nicht abgerufen werden, weil Tierheime an den Formularen scheitern, zeigt die Fehlannahmen der SPD in diesem Antrag. Im Grunde zeugt er davon, dass Sie die Tierschützer für so unreflektiert halten, dass sie dieses Wahlkampfmittel des Mehr-Forderns nicht erkennen.

Reden wir also mal von des Pudels Kern. Neue Tierheime und der Ausbau von bestehenden Tierheimen

bedeuten auch, dass mehr Leute benötigt werden, um dort auszuhelfen. Jedoch ist in allen Bereichen des ehrenamtlichen Engagements seit Jahren ein Rückgang an Mitstreitern zu verzeichnen.

Hinzu kommen steigende Unterhaltskosten der bestehenden Tierheime durch eine Energiepolitik, die von der SPD und den Grünen auf Bundesebene forciert wird, während die Grünen und die SPD auf Landesebene nun Sonderhilfsfonds und Soforthilfeprogramme fordern oder aufsetzen, um die desaströsen Folgen ihrer eigenen Politik abzufedern.

Gleichzeitig sorgen steigende Tierarzt- und Futterkosten für zusätzliche finanzielle Belastungen. Bei größerer Kapazität werden auch diese Kosten massiv steigen. Die große Politik hat also auch Auswirkungen auf die kleinen vierbeinigen Freunde des Menschen.

Die SPD fordert, die Hemmnisse zur Aufnahme von Tieren aus dem Ausland zu beseitigen. Der MDR berichtet dazu: Gerettete Hunde aus dem Ausland machen inzwischen ein Viertel der gesamten Hundepopulation in Deutschland aus.

Natürlich kenne auch ich die Debatte zum Auslandstierschutz. Es wird angeführt, dass beispielsweise die Straßenhunde aus rumänischen Tierheimen oft besser an Herrchen oder Frauchen zu vermitteln seien als deutsche Hunde aus den Tierheimen. Der deutsche Hund sei entweder zu alt, zu krank oder schwer verhaltensauffällig.

Doch ist das der Anspruch, den die zahlreichen ehrenamtlichen Tierschützer haben, und sollte das bei dieser Art von Fürsorge für Mitgeschöpfe der Anspruch sein? Die Aussage, dass man besser die leicht vermittelbaren Straßenhunde aus Rumänien aufnimmt, ist in etwa so, als ob ein Arzt bevorzugt Patienten behandelt, die bessere Heilungsaussichten haben.

Der Nachschub an Straßenhunden wird nie enden, weil die Länder das Problem nicht in den Griff bekommen, und wir schöpfen nur einen kleinen Teil der Tiere ab. Durch die Aufnahme in deutschen Tierheimen wird sich also langfristig an der Situation von Straßenhunden nichts ändern. Hier liegt der Hund begraben.

Noch eine weitere unbequeme Wahrheit: Mittlerweile spekulieren die Betreiber vieler Tötungsstationen darauf, dass eine gewisse Anzahl der Hunde von ausländischen Tierschützern freigekauft wird, und nehmen deshalb bewusst Überbelegungen in Kauf. Es wird sogar noch in den Tötungsstationen für weitere Würfe gesorgt. Schließlich sind die Gelder ein gern gesehenes Zubrot zu den Pro-Kopf-Zahlungen, die sie aus öffentlichen Mitteln vor Ort für die Tötungen erhalten. Die Situation der ohnehin bemitleidenswerten Hunde wird dadurch noch verschlechtert,

während Tierschützer sich bestärkt fühlen, weitere Hunde freikaufen zu müssen.

Kollege Schneider sprach in seiner Rede mehrmals vom moralischen Argument. Genau diese Denkweise führt zu diesem Teufelskreis, den wir stattdessen besser durchbrechen sollten, anstatt weitere Kapazitäten zu schaffen oder Hemmnisse zu senken. In diesem Sinne wird Ihr Antrag das Problem eher noch verstärken, anstatt es zu lösen. Aus diesem Grunde lehnen wir ihn ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Danke, Herr Abgeordneter Schalley. – Für die Landesregierung spricht jetzt Ministerin Gorißen.

**Silke Gorißen,** Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Es sind durchaus auch herausfordernde Zeiten für die Tierheime bei uns im Land. Das können wir auch erleben, wenn wir die Tierheimbesuche durchführen:

Da wird vieles von dem geschildert, was heute schon zur Sprache gekommen ist, nämlich die Überbelegung sowie das Problem vieler sogenannter Langzeitinsassen und schwer vermittelbarer Tiere. Immer wieder kommt natürlich auch zur Sprache, dass Tiere kaum vermittelbar sind und dass man daher auch Tiere, die eigentlich noch aufgenommen werden müssten, nicht mehr aufnehmen kann, allein aufgrund von Platzproblemen.

Unser Förderprogramm für bauliche Maßnahmen in Tierheimen besteht, um eine angemessene Unterbringung und auch Versorgung der Fund- und Abgabebietere bei uns in Nordrhein-Westfalen sowie natürlich auch amtlich sichergestellter Heimtiere zu erreichen, die in den Tierheimen untergebracht werden müssen.

Durch die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung baulicher Maßnahmen von Tierheimen leistet die Landesregierung im Übrigen, wie es auch gerade der Abgeordnete Rütze schon gesagt hat, auch ohne originäre Zuständigkeit in diesem Bereich einen freiwilligen und auch nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung des Tierschutzes in Tierheimen.

Die Fraktion der SPD fordert in ihrem Antrag, dass in der Förderrichtlinie die Auflage, für den Zeitraum von fünf Jahren keine zum Zwecke der Vermittlung aus dem Ausland verbrachten Tiere in das Tierheim aufzunehmen, gestrichen wird.

Diese Forderung lehnt die Landesregierung ab. Bei beschränkt verfügbaren Haushaltsmitteln können wir nicht die Rettung von Hunden und Katzen aus dem Ausland fördern, wenn gleichzeitig keine ausrei-

chenden Tierheimplätze vorhanden sind, um die eigenen Tiere hier in Nordrhein-Westfalen, die den entsprechenden Schutz und Platz brauchen, entsprechend unterzubringen.

Man kann sagen: Tierschutz ist grenzenlos. Ich stimme Ihnen da sogar zu. Die Frage ist nur, in welchem Kontext man diesen Satz anwendet, Herr Abgeordneter Schneider. Ich gehe auch fest davon aus, dass jeder, der sich dem Tierschutz verbunden und verpflichtet fühlt, nicht an den Landesgrenzen haltmacht und sich auch dafür interessiert, was im Ausland geschieht. Da sind wir uns, glaube ich, völlig einig.

Allerdings sind wir was die Förderung von Tierheimen angeht und wenn wir darüber sprechen, wie wir mit Haushaltsmitteln, mit Steuermitteln umgehen, die wir auch den Tierheimen zugutekommen lassen, doch wirklich gehalten, ein Auge darauf zu halten, dass diese Mittel da ankommen, um die Belange im eigenen Land, die es erst mal gibt, auch tatsächlich auffangen zu können. Genau darum geht es an dieser Stelle.

Die Umsetzung der Tierheimförderrichtlinie ist seit Jahren bewährte Praxis.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Frau Ministerin, es besteht seitens des Kollegen Schneider der Wunsch nach einer Zwischenfrage. Würden Sie die zulassen?

**Silke Gorißen,** Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Ja, bitte.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Bitte schön.

**René Schneider (SPD):** Vielen Dank. – Herr Präsident! Vielen Dank, Frau Ministerin, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Sie schilderten gerade Landesgrenzen. Ich will mal auf die Bundesländer Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern zu sprechen kommen. Diese vier Bundesländer verzichten auf die Klausel. Können Sie sich erklären, warum das in diesen vier Bundesländern so ist? Geht es denen finanziell besser, oder was könnte der Grund sein, dass die darauf verzichten?

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Frau Ministerin, bitte schön.

**Silke Gorißen,** Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Ich weiß nicht, ob es denen an dieser Stelle finanziell besser geht oder ob es vielleicht auch weniger Bedarf gibt. Wir sind ja als Bundesland ganz anders aufgestellt, allein schon von der

Einwohnerzahl und natürlich auch von der Anzahl der Tiere her, die aufgenommen werden müssen und für die wir Platz brauchen. Das müsste natürlich im Einzelnen bei den entsprechenden Ländern nachgefragt werden.

Fakt ist, dass wir bei uns in Nordrhein-Westfalen hierzu aktuell eine andere Auffassung vertreten. Die Umsetzung der Tierheimförderrichtlinie ist bei uns durchaus bewährte Praxis. Über die Erfolge des Tierheimförderprogramms hat die Landesregierung bereits mehrfach berichtet.

Die Behauptung der antragstellenden Fraktion, es würden wegen dieser Auflage viele Mittel nicht abgerufen werden – das geht ja aus Ihrem Antrag hervor –, geht tatsächlich fehl. Bis auf die vergleichsweise geringen Mittelabrufe, die wir in den Jahren 2022 und 2023 hatten, die jedoch aus den Kostensteigerungen bei Bauvorhaben infolge der bekannten Krisensituation resultierten, wird die finanzielle Hilfe des Landes bei uns weiterhin wirklich gut in Anspruch genommen.

Es ist aktuell sogar so, dass die im Haushalt 2024 zur Verfügung stehenden Mittel bereits jetzt nahezu vollständig ausgeschöpft beziehungsweise auch verplant sind. Gleichwohl werden wir den Mittelabruf in diesem Jahr natürlich im Auge behalten. Mögliche Handlungsoptionen wird die Landesregierung im Zuge der Evaluierung des Förderprogramms rechtzeitig bewerten.

Auf diese Weise stellen wir dann auch sicher, dass sowohl die zugrunde liegende Konzeption als auch die Förderinstrumente sinnvoll und praxistauglich weiterentwickelt werden können. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Somit sind wir am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der SPD hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/8124.

Wer stimmt dem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen der SPD und der FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und AfD. Wer Enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/8124 abgelehnt**.

Wir kommen zu:

## 8 Wehret den Anfängen – Kinder- und Jugendkriminalität durch einen ganzheitlichen Ansatz begegnen

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/8120

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion dem Abgeordneten Lürbke das Wort.

**Marc Lürbke (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Tod zweier junger Ukrainer, getötet in einem Akt sinnloser Gewalt mitten am Tag vor dem Oberhausener Hauptbahnhof vor wenigen Tagen, macht fassungslos; der macht sprachlos, der macht wütend. Zwei junge Leben einfach sinnlos ausgelöscht – was für eine Tragödie.

Wie kann es sein, dass Jugendliche – eigentlich Kinder – Messer wie andere Kaugummis oder Hausschlüssel mit sich herumtragen und bereit sind, diese eiskalt und ohne Rücksicht oder Respekt vor dem Leben gegen ihre Mitmenschen einzusetzen? Wie kann es sein, dass wir hier immer wieder über 12-, 13- oder 14-jährige Intensivtäter sprechen? Und was ist als Rechtsstaat oder als Gesellschaft eigentlich unsere Antwort darauf?

Fakt ist: Wir haben in Nordrhein-Westfalen ein wachsendes Problem mit Kinder- und Jugendkriminalität. Das ist nicht zu leugnen. Die Zahlen sind erheblich angestiegen, und das muss uns alle mit großer Sorge erfüllen.

Bei jeder fünften Straftat 2022 gab es Tatverdächtige unter 21 Jahren. Das ist eine besorgniserregende Entwicklung, die noch bedenklicher wird, wenn man dazu noch die Gruppe der sogenannten Intensivtäter mit in die Gleichung nimmt – eine Gruppe von 6 bis 8 %, die aber für die Hälfte der Straftaten eines Jahrgangs verantwortlich ist.

Die Tatverdächtigen in Oberhausen, von denen ich sprach, zählen offenbar genau zu dieser Gruppe der Intensivtäter. Gerade diese Gruppe wird erwiesenermaßen auch im Erwachsenenalter straffällig.

Deswegen wird es höchste Zeit, dass die Landesregierung endlich die Prävention, die Eindämmung und auch die Strafverfolgung im Bereich der Jugendkriminalität zur Chefsache macht. Herr Minister Reul, ich fordere Sie auf: Machen Sie das zur Chefsache.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Ich spreche aber nicht nur Sie alleine an. Vielmehr brauchen wir einen funktionierenden ganzheitlichen Ansatz. Denn es fehlt an besserer Prävention. Es fehlt an schnelleren Verfahren in der Justiz. Es fehlt an Schulsozialarbeitern an den Schulen. Das alles müssen wir allerdings verzahnen. Schließlich bringt es am Ende nichts, einfach nur ein paar Staatsanwälte mehr einzustellen oder hie und da mal einen Sozialarbeiter an eine Schule zu schicken. Frau Dr. Höller, ich glaube, das waren sogar Ihre Worte, die Sie in der letzten Innenausschusssitzung bemüht haben, als es darum ging, Lösungen für die gestiegene Gewalt gegen Einsatzkräfte zu finden. Wir